

OeEB

Geschäftsbericht 2016

Funding tomorrow's prosperity



OESTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS-
BANK AG

WWW.OE-EB.AT

OeEB

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Zahlen, Daten und Fakten

Geschäftsjahr 01.01.2016 – 31.12.2016

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Die Entwicklungsbank der Republik Österreich

Mitglied der European Development Finance Institutions (EDFI)

Gegründet 2008 in Wien

100%-Tochterunternehmen der Oesterreichischen Kontrollbank AG

Grundkapital 5.000.000 Euro

42 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, 6 weitere in Karenz, 2 Vorstandsmitglieder (31.12.2016)

Finanzkennzahlen

Bilanzsumme	806.183.335,99 Euro
Jahresüberschuss	7.956.313,40 Euro
Jahresgewinn	119.881,93 Euro
Gesamtportfolio per 31.12.2016	1,04 Mrd. Euro

Neu unterschriebene Projekte 2016

Investitionsfinanzierungen	175,33 Mio. Euro
Beteiligungen	17,55 Mio. Euro
Advisory Programmes	1,06 Mio. Euro

Beitrag zur Entwicklung

Die Projekte der OeEB leisten einen Beitrag zu den Sustainable Development Goals (SDGs): Vor allem zu SDG 1 (Bekämpfung der Armut in allen Formen), 7 (Zugang zu nachhaltiger Energie) und 8 (nachhaltiges Wirtschaftswachstum), 13 (Bekämpfung des Klimawandels) und 17 (globale Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung).

Die OeEB trägt mit ihren Projekten dazu bei, dass Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern bessere Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten haben. Durch die privaten Investitionen, die die OeEB finanziert, generieren die Staaten höhere Steuereinnahmen. Über die Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz sorgt die OeEB für eine bessere und umweltfreundliche Energieversorgung und stärkt durch ihre Zusammenarbeit mit lokalen Finanzinstitutionen den Zugang zu Finanzdienstleistungen.

Die entwicklungspolitischen Kennzahlen auf Portfolio-Ebene finden Sie auf www.oe-eb.at.

Standard & Poor's Langfrustrating „AA+“ und Kurzfrustrating „A-1+“

Im Sinne der leichteren Lesbarkeit wurde teilweise auf geschlechtsneutrale Formulierungen verzichtet. Sämtliche Funktionen, Ämter- und Personenbezeichnungen sind geschlechtsneutral zu verstehen.

Inhalt

A. Lagebericht	4
I. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage	4
II. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens	11
B. Jahresabschluss 2016	18
1. Bilanz zum 31. Dezember 2016	18
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016	20
3. Anhang	22
C. Bestätigungsvermerk	46
Impressum	50

A. Lagebericht

I. Bericht über den Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage

i. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Die OeEB unterstützt im Auftrag der Österreichischen Bundesregierung den Auf- und Ausbau von Privatsektor-Projekten in Entwicklungsländern.

Die gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der OeEB wurde mit einer Novelle im Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) geschaffen.

Auf dieser Basis werden vorwiegend privatwirtschaftliche Projekte unterstützt, die langfristige Finanzierungen benötigen und diese aus eigener Kraft wieder zurückzahlen können. Darüber hinaus hat jedes Projekt eine positive, nachhaltige Wirkung auf die lokale Wirtschaftsentwicklung.

Die OeEB bietet Lösungen, die im jeweiligen Entwicklungsland von Kommerzbanken nicht angeboten werden und agiert somit subsidiär zu Kommerzbanken. Dabei bedient sich die OeEB der gesamten Palette langfristiger Finanzierungsmöglichkeiten, vom Eigenkapital bis zu Darlehen. Kunde der OeEB kann prinzipiell jedes Unternehmen aus einem Industrie- oder Entwicklungsland sein.

In Zusammenarbeit mit den Kunden erarbeitet die OeEB maßgeschneiderte Lösungen, die auf das konkrete Projekt, die aktuelle wirtschaftliche Situation und die Risikolage des jeweiligen Landes abgestimmt sind. Ein wesentlicher Aspekt der Kundenauswahl ist unter dem Begriff „verantwortungsvolle Finanzierung“ zu sehen: Dabei behält die OeEB sowohl Umwelt- und Sozialstandards, als auch Transparenz und Corporate Governance im Blickpunkt.

Mit dieser Art von Geschäft sind naturgemäß hohe Projekt- und Länderrisiken verbunden. Bevor einzelne Geschäfte dem Aufsichtsrat bzw. den im Gesetz vorgesehenen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden, wird das Projekt- bzw. Länderrisiko einer genauen Prüfung unterzogen.

Schwerpunkte legt die OeEB aufgrund der Strategie für 2013 bis 2017 auf die Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMU) sowie auf die Bereiche Erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz. Der geografische Fokus liegt auf folgenden Regionen: Afrika, Süd-Kaukasus und Zentralasien, Südost- und Osteuropa sowie Zentralamerika und Karibik.

Auf internationaler Ebene kooperiert die OeEB auch eng mit internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und den europäischen Entwicklungsbanken im Rahmen der „European Development Finance Institutions (EDFI)“, die sich zum Ziel gesetzt haben, gemeinsam Privatsektor-Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu finanzieren. Vor allem mit den Deutschen Entwicklungs-Finanzierungsinstitutionen KfW und DEG, mit der niederländischen FMO, der Finanzinstitution OFID, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD und der zur Weltbank-Gruppe gehörenden IFC wird eng zusammengearbeitet.

ii. Geschäftsverlauf

Geschäftsfeld Investitionsfinanzierung

Im Geschäftsjahr 2016 wurden im Kredit-Finanzierungsgeschäft 16 Finanzierungsneuzusagen für langfristige Investitionsprojekte im Privatsektor in Höhe von 175,33 Mio. Euro abgeschlossen. Für alle Projekte wurden Genehmigungen vom Vorstand, vom Aufsichtsrat sowie vom Gremium für Wirtschaft und Entwicklung und vom Beirat erteilt, da diese Projekte als entwicklungspolitisch sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig befunden wurden.

Die strategischen Neugeschäftsziele der OeEB sehen den Ausbau der Geschäftstätigkeit in Entwicklungsländern in den Fokusregionen Afrika, Zentralamerika und Karibik, Südost- und Osteuropa, Süd-Kaukasus und Zentralasien sowie in den ärmsten Entwicklungsländern (Least Developed Countries) vor. Zusätzlich setzt OeEB sektorale Schwerpunkte in der Finanzierung von Erneuerbarer Energie und Ressourceneffizienz sowie in der Förderung von Mikro-, Klein- und Mittelbetrieben (MKMU).

Ein Drittel der Neufinanzierungen mit einem Vertragswert von 51,08 Mio. Euro wurden direkt an privatwirtschaftliche Unternehmen bzw. Projektgesellschaften in Entwicklungsländern ausgereicht. Zwei Drittel der Neufinanzierungen mit einem Vertragswert von 124,25 Mio. Euro wurden in Zusammenarbeit mit lokalen Finanzintermediären, wie Mikrofinanzfonds und Finanzinstitutionen, abgeschlossen, die nach OeEB-Vorgaben Kredite an die Realwirtschaft bereitstellen.

Die lokalen Unternehmen und Finanzintermediäre werden von der OeEB über die gesamte Kreditlaufzeit begleitet und im Bereich Know-how Aufbau, Umwelt und Soziales, entwicklungspolitische Fragen und wirtschaftliche Nachhaltigkeit kontinuierlich unterstützt.

Schwerpunkt Erneuerbare Energie und Ressourceneffizienz

In der Strategie der OeEB werden die Sektoren Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz als Schwerpunkte definiert. In diesen Sektoren wurde wie in den Vorjahren auch in 2016 das größte Neuzusagevolumen in Höhe von 69,67 Mio. Euro erreicht (40 Prozent des Neuzusagevolumens).

MKMU-Förderung

Zur Förderung und Stabilisierung der lokalen Wirtschaft in Entwicklungsländern mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen, werden Mikrounternehmen, sowie Klein- und Mittelbetriebe (MKMU) durch die OeEB schwerpunktmäßig unterstützt. Projekte mit einem Vertragswert von 65,54 Mio. Euro wurden im Geschäftsjahr 2016 unterfertigt. Gemessen am Neuzusagevolumen des Geschäftsjahres 2016 ist der MKMU-Sektor mit 37 Prozent damit der zweitstärkste Sektor.

Projekte in den ärmsten Entwicklungsländern (Least Developed Countries)

Im Rahmen des Neugeschäfts 2016 wurden drei Kreditlinien mit einem Vertragswert von 21,63 Mio. Euro, das sind 12 Prozent des gesamten Neuzusagevolumens, für die ärmsten Entwicklungsländer (Least Developed Countries) gewidmet. Einerseits erfolgte die Finanzierung eines für Myanmar wichtigen Telekommunikationsprojektes und weitere zwei Kreditlinien wurden an Finanzintermediäre in Bangladesch ausgereicht, die die Unterstützung von MKMU sowie den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Ressourceneffizienz-Projekten in Bangladesch zum Ziel haben.

Geschäftsfeld Advisory Programmes (AP)

Durch den Einsatz der AP können Projekte in ihrer entwicklungspolitischen Wirkung vorbereitet und verbessert werden. Beispiele für mit AP-Mitteln finanzierbare Maßnahmen sind Studien, Experteneinsätze, projektbezogene Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch die Einführung internationaler Standards.

Das BMF (Bundesministerium für Finanzen) hat im Geschäftsjahr 2016 Projektmittel in der Höhe von rund 0,9 Mio. Euro für 10 Projekte genehmigt.

Die OeEB schloss im Geschäftsjahr 2016 Verträge für 12 Projekte in der Höhe von 1,06 Mio. Euro ab. Die Vertragsabschlüsse umfassen auch Projekte, die in den vorherigen Geschäftsjahren genehmigt wurden, jedoch 2016 unterschrieben worden sind.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren genehmigte und abgeschlossene Projekte, die in direkter Verbindung zu Investitionsfinanzierungen bzw. Beteiligungen standen, in der Mehrzahl. Es wurden beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt- und Sozialstandards initiiert und der Schwerpunkt Energie kontinuierlich weiter ausgebaut. Mit Hilfe der Advisory Programmes werden auch Maßnahmen in den von der Flüchtlingskrise besonders betroffenen Ländern Libanon und Jordanien unterstützt, um den Aufbau der Wirtschaft nachhaltig und gezielt fördern zu können.

Die OeEB hat 2016 Auszahlungen von 3,3 Mio. Euro an Projektpartner, auch aus in den Vorjahren unterzeichneten Projekten, geleistet. Die Auszahlungen sind an die Fortschritte innerhalb der Projekte gebunden und stellen somit die Erreichung entwicklungspolitischer Ziele sicher.

Geschäftsfeld Beteiligungen aus Bundesmitteln (BE)

Mit dem Instrument Beteiligungen aus Bundesmitteln kann die OeEB als Treuhänder für das BMF (Bundesministerium für Finanzen) als Treugeber Eigenkapitalbeteiligungen in Form von Direkt- oder Fondsbeteiligungen eingehen.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden 3 Beteiligungsprojekte in Höhe von 17,55 Mio. Euro unterschrieben. Die Projekte sind alle in den Schwerpunktsektoren der OeEB – Erneuerbare Energie und KMU-Förderung – angesiedelt.

Auszahlungen an die Projektpartner erfolgen sukzessive für Overheads auf Fondsebene bzw. für Einzelgesellschaften auf Portfolioebene oder via Kapitalerhöhungen bei Direktbeteiligungen. Der Projektstatus sowie die allgemeine, entwicklungspolitische und finanzielle Entwicklung der Beteiligungen werden regelmäßig dokumentiert. Bei der Mehrheit der Beteiligungsprojekte nimmt die OeEB auch eine aktive Rolle im Aufsichtsrat oder einer ähnlichen Funktion wahr.

2016 wurden Auszahlungen von rund 5,33 Mio. Euro – auch an Projektpartner aus in den Vorjahren unterzeichneten Projekten – geleistet.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 7.956.313,40 Euro (2015: 6.114.049,20 Euro) und einem Jahresgewinn nach Dotierung von Rücklagen in Höhe von 119.881,93 Euro (2015: 130.003,69 Euro).

Aufgrund des höheren Projektvolumens konnte eine deutliche Steigerung der Betriebserträge von 14,20 Mio. Euro im Vorjahr auf 16,88 Mio. Euro im Geschäftsjahr erzielt werden. Wesentliche Ertragskomponenten sind der Nettozinsenertrag und Wertpapiererträge in Höhe von insgesamt rund 20,29 Mio. Euro (2015: 16,33 Mio. Euro). Das Provisionsergebnis betrug rund minus 3,65 Mio. Euro (2015: minus 2,29 Mio. Euro). Die Provisionserträge von rund 5,97 Mio. Euro (2015: 5,88 Mio. Euro) beinhalten diverse Fees aus den Finanzierungen, die Gestion im Zuge der Advisory Programmes und Beteiligungen des BMF (Bundesministerium für Finanzen). Die Provisionsaufwendungen in Höhe von rund 9,62 Mio. Euro (2015: 8,18 Mio. Euro) bestehen im Wesentlichen aus den bezahlten und zeitanteilig abgegrenzten Garantieentgelten, die an das BMF aufgrund der Bundesgarantie gemäß § 9 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) zu entrichten sind.

Die Betriebsaufwendungen in Höhe von rund 6,80 Mio. Euro (2015: 6,17 Mio. Euro) spiegeln das Wachstum des Unternehmens wider und setzen sich zum größten Teil aus Personalaufwendungen von 4,30 Mio. Euro (2015: 3,98 Mio. Euro) und den sonstigen Verwaltungsaufwendungen von 2,47 Mio. Euro (2015: 2,17 Mio. Euro) zusammen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren 4 Schadensfälle bei drei Geschäftspartnern zu verzeichnen, die alle vom BMF im Rahmen der oben angeführten Bundesgarantien anerkannt worden sind.

Somit ergibt sich für das Geschäftsjahr ein Betriebsergebnis in Höhe von rund 10,08 Mio. Euro gegenüber 8,03 Mio. Euro im Vorjahr. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses und der Steuern ergibt das einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von rund 7,96 Mio. Euro (2015: 6,11 Mio. Euro). Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15.12.2016 über die Verwendung von eigenen Mitteln der OeEB wurde ein Betrag in Höhe von 10% des Jahresüberschusses 2016 für die Durchführung von Projekten im Bereich Advisory Programmes gewidmet. Aufgrund des guten Ergebnisses wird ein Teil des Jahresüberschusses den Rücklagen zugeführt (7,83 Mio. Euro; 2015: 5,98 Mio. Euro).

Der im Geschäftsjahr ausgewiesene Bilanzgewinn beträgt 164.266,86 Euro (2015: 174.384,93 Euro).

iii. Bericht über Zweigniederlassungen

Der Standort der Gesellschaft befindet sich in 1010 Wien, Strauchgasse 3.
Die OeEB unterhält keine Zweigniederlassungen oder Auslandsbüros.

iv. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Jahresüberschuss je Aktie

Bei einem Jahresüberschuss von 7.956.313,40 Euro und einem Grundkapital, welches in 50.000 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien zerlegt ist, wird ein Jahresüberschuss je Aktie von 159,13 Euro ausgewiesen.

Kennzahlen

Aufgrund der weiter gewachsenen Projektvolumina, der daraus resultierenden steigenden Betriebserträge und einer effizienten Betriebsführung ergibt sich eine Cost-Income-Ratio (Betriebsaufwendungen/Betriebserträge) von 40,27 % (2015: 43,46 %).

Die Kernkapitalquote (Kernkapital gemäß CRR/gewichtete Aktiva) liegt 2016 bei 67,43 % (2015: 60,18 %) und die Leverage Ratio (Kernkapital/Gesamtsumme der Risikopositionen) bei 58,20 % (2015: 46,10 %).

Der Return on Equity (Jahresüberschuss/durchschnittliches Eigenkapital) blieb im Jahr 2016 mit 34,42 % unter dem Niveau des Vorjahres (37,64 %).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personal

Die OeEB beschäftigt 42 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, 6 weitere sind karenziert. Der Vorstand wird über die OeKB gestellt.

Die Mitarbeiter der OeEB kümmern sich in erster Linie um die Abwicklung der Projekte sowie um das eigentliche Bankgeschäft. Im Wesentlichen geht es um Projektakquisition, Strukturierung, Risikobeurteilung, Compliance-Aufgaben, Verhandlung und Abschluss von Verträgen, Abwicklung und Bestandsmanagement bestehender Verträge, Beurteilung der entwicklungspolitischen Relevanz, Ausarbeitung und Setzen von möglichen Verbesserungsmaßnahmen in diesem Bereich und die Bearbeitung von entwicklungspolitischen Themen.

Die OeEB hat mit der OeKB einen Dienstleistungsvertrag geschlossen, auf dessen Basis diverse Leistungen zugekauft werden. So kann auf bewährtes Know-how zurückgegriffen und es können weitere Synergien erzielt werden.

Diese Dienstleistungsvereinbarung ist von der Finanzmarktaufsicht genehmigt und umfasst u. a. Rechnungs- und Berichtswesen, Personalverwaltung, Informatik, Interne Revision und sonstige Dienstleistungen. Ebenso wurde die Auslagerung der Funktion des Compliance-Verantwortlichen für jene Geschäftsbereiche, die vom Standard Compliance Code (SCC) und seinen Mindeststandards erfasst sind, genehmigt (Wertpapier-Compliance). Die Funktion des Beauftragten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird in der Abteilung Recht der OeEB wahrgenommen.

Die Mitarbeiter der OeEB sind, mit Ausnahme des Vorstandes, der von der OeKB überlassen ist, direkt angestellt und bringen aus ihrer früheren beruflichen Tätigkeit vielfältige Erfahrungen mit. Da in der OeEB persönliche und fachliche Qualifikation als ausschließliches Bewertungskriterium herangezogen wird, erfolgt auch die Bezahlung für alle Mitarbeiter unabhängig vom Geschlecht. Die OeEB wendet für alle Angestellten den Bankenkollektivvertrag an. Für Absolventen berufsbildender und höherer Schulen gibt es ein Einstiegsgehaltsschema, das über den kollektivvertraglich vereinbarten Gehältern liegt.

Die Vergütungspolitik des Unternehmens orientiert sich an Leistungskomponenten einerseits und Marktbenchmarks andererseits. Dabei wird sichergestellt, dass fixe und variable Bezüge in angemessenem Verhältnis zueinander stehen. Der variable Anteil definiert sich dabei als Ergebnis der individuellen, im Mitarbeitergespräch besprochenen Leistung und andererseits an diversen Unternehmenskennzahlen. Durch entsprechende Maßnahmen ist sichergestellt, dass nur dann eine variable Vergütung ausbezahlt wird, wenn dies das Unternehmensergebnis zulässt. Diese Systematik wird für alle Ebenen des Unternehmens angewandt, inklusive Geschäftsleitung.

Die OeEB ist sich aufgrund ihrer Rolle als Entwicklungsbank für die Republik Österreich bewusst, dass engagierte Mitarbeiter sowie Servicequalität und Professionalität in Verbindung mit Kosten- und Risikobewusstsein die entscheidenden Faktoren für nachhaltigen Erfolg sind.

Die OeEB achtet daher auf eine praxisorientierte Weiterbildung. So wurde neben internen Ausbildungsveranstaltungen, die u.a. in Zusammenarbeit mit der OeKB angeboten werden, auch gezielt die Teilnahme an externen Seminaren angeboten.

In der Verantwortung als Arbeitgeber sorgt die OeEB mit geeigneten Instrumenten der Personalentwicklung für die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Das Mitarbeitergespräch beinhaltet das Erreichen von gesetzten Zielen aus der vorangehenden Arbeitsperiode sowie qualitative und teamorientierte Fragestellungen. Neue Zielsetzungen und die dafür notwendigen Voraussetzungen werden jährlich wieder definiert. Ein Nachhaltigkeitsziel wird ebenfalls vereinbart.

Die OeEB ermöglicht den Mitarbeitern, zu vergünstigten Konditionen im Mitarbeiterrestaurant der OeKB essen zu gehen. Weiters können die Leistungen der Betriebsärztin inklusive der angebotenen Impfaktionen und der Gesundheitswoche in Anspruch genommen werden. Im Rahmen der OeKB Gruppe ist es auch möglich, gegen entsprechende Gebühr den Betriebskindergarten und das Sportzentrum zu nützen.

Die OeEB bietet allen Beschäftigten ein flexibles Arbeitszeitmodell an. Es gibt keine Leistungen, die nur Vollzeitbeschäftigten zur Verfügung stehen.

Für Mitarbeiter, die mehr als ein Jahr bei der OeEB angestellt sind, wurden Zahlungen in eine externe Pensionskasse der Banken geleistet.

Umweltbelange

Im Sinne des Auftrages der OeEB, zu nachhaltiger Entwicklung beizutragen, ist die Einbeziehung von Umweltaspekten sowohl im Projektgeschäft, als auch am Standort Strauchgasse eine Grundlage der Tätigkeit. Die Finanzierungs- und Beteiligungsprojekte werden einer Umwelt- und Sozialprüfung unterzogen. Außerdem unterstützt die OeEB im Rahmen ihres Projektgeschäftes gerade auch die Nutzung von Erneuerbaren Energien.

Als Teil des Nachhaltigkeitsmanagements der OeKB Gruppe werden betriebsökologische Kennzahlen für den Standort Strauchgasse sorgsam eingehalten und kontrolliert (EMAS, GRI). Sie sind dem Integrierten Geschäftsbericht 2016 der OeKB Gruppe zu entnehmen.

Aufgrund der internationalen Ausrichtung der Tätigkeit der OeEB erfolgt die Reisetätigkeit fast ausschließlich mit dem Flugzeug. Die OeEB hat sich daher entschlossen, die CO₂-Emissionen aus dem Flugverkehr über ein Wiederaufforstungsprojekt der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) in Äthiopien zu kompensieren (siehe auch <http://www.boku.ac.at/wissenschaftliche-initiativen/zentrum-fuer-globalen-wandel-nachhaltigkeit/themen/nachhaltigkeit/boku-co2-kompensationssystem/klimaschutzprojekte/>).

II. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung und die Risiken des Unternehmens

i. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

2016 zeigte vor dem Hintergrund der Sustainable Development Goals (SDGs) und dem Pariser Klima-Abkommen, die im Jahr davor unterzeichnet wurden, dass die OeEB mit ihrer strategischen Ausrichtung den entwicklungspolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen Rechnung trägt: Im Hinblick auf den großen Investitionsbedarf und die große Finanzierungslücke in den Bereichen Erneuerbare Energie sowie Energie- und Ressourceneffizienz in Entwicklungs- und Schwellenländern sieht die OeEB auch für das Jahr 2017 großes Potenzial für ein Engagement im Bereich ihrer Kernkompetenzen.

Diese Einschätzung wird zudem von einer tragfähigen Projektpipeline in den genannten Bereichen und in anderen Sektoren (wie Infrastruktur oder KMU-Aufbau) abgeleitet. Ergänzend dazu untermauern Gespräche mit aktuellen und potenziellen Kunden, mit anderen Entwicklungsbanken und vor allem auch mit international orientierten österreichischen Unternehmen diese Erwartung.

Die OeEB sieht sich gut dafür gerüstet, die Herausforderungen, die sich in ihrem Operationsradius stellen, zu bewältigen und wird einen moderaten Wachstumskurs deshalb auch im Jahr 2017 fortsetzen.

ii. Wesentliche Risiken und Ungewissheiten

Das Umfeld für die Finanzierung von Projekten in Entwicklungsländern gestaltet sich nach wie vor schwierig. Die Kommerzbanken sind in ihrer Kreditvergabe einerseits aufgrund der regulatorischen Vorgaben (Basel III), andererseits aufgrund der Zunahme von regionalen Unsicherheiten weiterhin selektiv und restriktiv. Für das Wachstum in diesen Ländern ist es jedoch wichtig, dass Projekte realisiert werden. Die Aufgabe von Entwicklungsbanken ist es, besonders in diesen Zeiten ein stabiler und verlässlicher Partner zu sein und dort einzuspringen, wo Bedarf ist.

Trotz der insgesamt etwas besseren Konjunkturperspektiven für 2017 bleiben sowohl die regionalen Divergenzen als auch die generellen Abwärtsrisiken beträchtlich. So stehen zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer vor der Herausforderung, ihre Wirtschaftsstrukturen an das nach wie vor relativ niedrige Rohstoffpreisniveau und die gedämpfte Nachfrage von Seiten der führenden Industriestaaten anzupassen. Darüber hinaus sind auf politischer Ebene wieder vermehrt protektionistische Tendenzen zu beobachten, die eine grenzüberschreitende wirtschaftliche Integration gefährden und Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten nach sich ziehen könnten. Die geringe wirtschaftliche Dynamik in der Mehrzahl der BRICS-Staaten, die Instabilität im Nahen Osten und anhaltende Sicherheitsrisiken weltweit stellen zusätzliche Herausforderungen dar. Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung in den einzelnen Zielländern der OeEB schwierig abzuschätzen.

iii. Risikomanagement

Einleitung

Die OeEB ist ein Spezialinstitut für die Finanzierung von privatwirtschaftlichen Investitionsvorhaben in Entwicklungs- und Schwellenländern, die wirtschaftlich tragfähig und entwicklungspolitisch sinnvoll sind. Sie ist die offizielle Entwicklungsbank der Republik Österreich.

Der Schwerpunkt der Tätigkeiten des Risikomanagements war im abgelaufenen Geschäftsjahr die Überwachung und die Anpassung der Risikobudgets für das Kredit- und Marktrisiko. Darüber hinaus bildeten die Vereinheitlichung der gruppenweiten Ratingsysteme sowie auf operativer Ebene die Einrichtung einer Einheit für die Bearbeitungen von Problemengagements weitere Schwerpunkte.

Strategische Grundhaltung zum Risikomanagement

Bei der Beurteilung von Projektrisiken werden konservative Maßstäbe angesetzt. Dies auch deshalb, weil bei einer erhöhten Anzahl von Schadensfällen ein Reputationsrisiko für die OeEB entstehen könnte.

Die OeEB erhält zur Absicherung des sehr hohen Projekt- und Länderrisikos im Rahmen des Ausfuhrförderungsgesetzes (AusfFG) eine 100%ige Haftung der Republik Österreich für jede Kredit-Finanzierungstransaktion. Der weitaus größte Teil der Bilanzsumme bildet das entsprechende Mandatsgeschäft. Analog zur Muttergesellschaft OeKB ist die OeEB für diesen Teil der Bilanzsumme von maßgeblichen gesetzlichen Regelungen wie zum Beispiel der CRR (EU Verordnung 575/2013) und CRD IV ausgenommen.

Die Grundkapitalausstattung der OeEB entspricht in Hinblick auf die von der Republik Österreich übernommenen Risiken mit 5 Mio. Euro dem Mindestfordernis gemäß BWG. Trotz der Stärkung der Eigenkapitalbasis in der Vergangenheit erfolgen Veranlagungen mit Eigenmitteln ohne Bundshaftung nur im Rahmen der vom Aufsichtsrat genehmigten Veranlagungsrichtlinien oder – bei Überschreiten der relevanten Schwellenwerte für Aufsichtsratsgenehmigungen – auf Basis von Einzelgenehmigungen durch den Aufsichtsrat.

Die OeEB ist eine 100%ige Tochter der OeKB und definiert die eigene Risikopolitik und -strategie entlang und im Rahmen der Risikopolitik und -strategie der OeKB Gruppe. Die Bewertung der Bankrisiken findet auch auf Einzelinstitutsebene statt. Weiters wurden gemeinsam mit der OeKB Interne Kontrollsysteme gemäß BWG für die wesentlichen Geschäftsprozesse Investitionsfinanzierungen, Beteiligungen aus Bundesmitteln und Advisory Programmes erarbeitet, die einer jährlichen Überprüfung unterliegen und eine Risikosteuerung auf OeKB Gruppenebene ermöglichen.

2016 wurde in der OeEB ein Prüfungsausschuss eingerichtet, der im Geschäftsjahr einmal tagte.

Als 100%ige Tochter der OeKB ist die OeEB Bestandteil des Gruppen-ICAAP. Auf Ebene der OeEB wird kein ICAAP erstellt. Als zentrale Größe bei der Messung und Steuerung der Risiken wird das ermittelte ökonomische Kapital (Going Concern und Gone Concern) dem Risikodeckungspotenzial in mehreren Absicherungsstufen gegenübergestellt. Auf Einzelinstitutsebene verzichtet die OeEB auf eine Risikodeckungsrechnung gemäß Säule II, wobei trotz Geringfügigkeit für das Veranlagungsrisiko aus dem Eigenportfolio (Bankbuch) ein ökonomisches Kapital („Value at Risk“-Konzept) ermittelt wird.

Risikomanagement – Organisation

Gemäß BWG ist der Gesamtvorstand für das Management sowohl der bankgeschäftlichen als auch der bankbetrieblichen Risiken in der OeEB, für die Sicherstellung der Kapitaladäquanz der Risikopositionen sowie für die Einrichtung der dafür erforderlichen Organisation verantwortlich. Grundlage für das Risikomanagement bildet die strikte Trennung zwischen Markt und Marktfolge. Die Risikomanagementfunktionen sind bei dem für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitglied angesiedelt. Entsprechend dem Grundsatz der Proportionalität verfügt die OeEB hinsichtlich des Geschäftsmodells, der Strategie, der Risikosituation und den betriebsinternen Erfordernissen über ein angemessenes Risikomanagement.

Auf Basis der vom Vorstand festgesetzten und mit dem Aufsichtsrat abgestimmten Risikopolitik/-strategie entscheidet das Risikomanagement-Komitee über geeignete Maßnahmen und Verfahren zur Umsetzung risikopolitischer Grundsätze.

Im Operational Risk Management erfolgt die Überwachung des operationellen Risikoprofils, die Erarbeitung von Strategien und Verfahren zur Steuerung des operationellen Risikos sowie das Business Continuity Management in Zusammenarbeit mit dem Operational Risk Manager der OeKB.

Für Not- und verschiedene Krisenfallszenarien sind im Zuge des Operational Risk Managements Notfall- und Krisenfall-Organisationen definiert.

Die Sicherstellung der Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen an das Interne Kontrollsystem (IKS) ist im Rahmen eines Vertrages an die OeKB ausgelagert. Der IKS-Verantwortliche arbeitet mit den IKS-Prozessverantwortlichen in der OeEB zusammen. Im Rahmen des Operational Risk Managements wird eng mit dem Operational Risk Manager der OeKB und dem Organisationsteam der Abteilung OBUS/OeKB zusammengearbeitet. Wie das gesamte Risikomanagement unterliegt auch das IKS der Prüfung durch die Interne Revision.

Auf Basis eines Vertrages mit der OeKB ist die Funktion des Compliance-Officers für Wertpapier-Compliance an die OeKB ausgelagert. Es gibt jedoch einen zentralen Ansprechpartner für Compliance-Fragen in der OeEB. Die Funktion des Beauftragten zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung wird in der Rechtsabteilung der OeEB wahrgenommen. Zur Minderung des Rechtsrisikos der Geschäfte arbeitet die Rechtsabteilung der OeEB in der Regel mit lokalen Anwaltskanzleien zusammen.

Die in der Gesamtbankrisikosteuerung berücksichtigten Risikoarten

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr unerwarteter Wertverluste durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterung von Kontraktpartnern. Aufgrund der Geschäftsstruktur der OeEB unterscheidet die Bank folgende Arten des Kreditrisikos:

- **Kontrahenten- bzw. Ausfallsrisiko:** das Risiko, dass ein Kreditnehmer seine Zahlungsverpflichtungen nicht bedienen kann oder die Gefahr von Verlusten durch Ausfall des Vertragspartners (z.B. Kreditnehmer). Sämtliche ausgereichte Kredite sind mit einer Haftung für wirtschaftliches und politisches Risiko durch die Republik Österreich versehen.
- **Konzentrationsrisiko:** hohe Kreditvolumina an einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen. Länderlimite und Kundenlimite wurden eingeführt und werden laufend überprüft.

Das für 2016 festgelegte Kreditrisikobudget in der Höhe von 700.000 Euro wurde nicht überschritten.

Marktrisiko

Marktrisiko ist die Gefahr von Verlusten in Folge der Veränderungen von Marktparametern. Diese umfassen Zinsänderungs-, Devisen-, Aktien- und sonstige Preisrisiken. Kreditfinanzierungen der OeEB sind grundsätzlich referenzzinssatzkonform refinanziert. Darüber hinaus hat die OeEB kein nennenswertes Exposure.

Das für 2016 festgelegte Marktriskobudget in der Höhe von 7 Mio. Euro wurde nicht überschritten.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken lassen sich in Termin- und Abruftrisiken sowie strukturelles Liquiditätsrisiko (Refinanzierungsrisiko) unterteilen.

Die Liquiditätssteuerung und -bereitstellung erfolgt derzeit projektbezogen in Abstimmung zwischen der OeEB und der OeKB. Sowohl Terminrisiken (Gefahr, dass sich die Kapitalbindungsdauer bei Aktiv- und Passivgeschäften ändert) als auch Abruftrisiken (Kreditzusagen werden unerwartet in Anspruch genommen bzw. Einlagen werden unerwartet reduziert) sind aufgrund der Geschäftsstruktur und vertraglicher Vorkehrungen gering. Eine Überwachung bzw. Steuerung der Liquidität erfolgt anhand wöchentlicher Cashflow-Projektionen.

Im Hinblick darauf, dass sich die OeEB überwiegend über die OeKB refinanziert, erleichtert das Standing der OeKB im Markt die jederzeitige Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln.

Operationelles Risiko

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Verlusten als Folge unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse, Menschen und Systeme oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos.

Die zentrale Eingliederung des Operational Risk Managements (inklusive der Information Security) in die Gesamtrisikosteuerung der OeKB Gruppe, die Unternehmenskultur, Business Continuity Pläne, Versicherungen und ähnlich zentral gestaltbare Maßnahmen bilden nur den Rahmen für die alltägliche Verantwortung des Einzelnen. Die OeEB arbeitet in diesen Bereichen sehr eng mit der OeKB (in deren Räumlichkeiten die OeEB auch eingemietet ist) zusammen.

Für Not- und verschiedene Krisenfallszenarien sind im Zuge des Operational Risk Managements Notfall- und Krisenfall-Organisation definiert und ein Notfallhandbuch wurde erstellt.

Sonstige Risiken

Sonstige Risiken umfassen:

- **Strategische Risiken:** Unter strategischem Risiko werden negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag durch geschäftspolitische Entscheidungen und/oder Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld verstanden.
- **Reputationsrisiken:** Unter Reputationsrisiken werden negative Folgen aus der Wahrnehmung der interessierten Öffentlichkeit (Kapitaleigner, Mitarbeiter, Kunden, Republik, ...) verstanden.
- **Geschäftsrisiken:** Unter Geschäftsrisiken werden Ergebnisverschlechterungen verstanden, die durch unerwartete Geschäftsvolumens- oder Margenänderungen entstehen.

Strategische Risiken und Reputationsrisiken entstehen für die OeEB vor allem aus der besonderen Stellung. Aufgrund des Mandates hat die OeEB die Republik Österreich als einzigen Auftraggeber. Eine quantitative Abschätzung dieses Risikos ist schwer möglich und nicht geplant. Mögliche Änderungen in den Rahmenbedingungen, die fundamentale Bedeutung für die Geschäftstätigkeit haben, werden laufend verfolgt und in die Unternehmensstrategie einbezogen.

Berichterstattung über wesentliche Merkmale des Internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die OeEB hat die Agenden des Rechnungswesens zur Gänze an ihre Muttergesellschaft, Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB), ausgelagert. Die genauen Anforderungen wurden in einem Dienstleistungsvertrag definiert. Somit weist das Interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess den Standard der OeKB auf.

Mag. Michael Wancata trägt innerhalb des Vorstandes der OeEB die Verantwortung für den Bereich Rechnungswesen sowie die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagementsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit der bzw. durch die OeKB, abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse der Gesellschaft.

Für die Beschreibung der wesentlichen Merkmale wird die Struktur des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO) herangezogen. Das COSO-Rahmenwerk besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Das Ziel des internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen in Hinsicht auf die Rechnungslegung zu gewährleisten. Es ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen des Rechnungswesens ausgerichtet.

Die Interne Revision (Konzernrevision) überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand. Die Tätigkeiten der Internen Revision wurden mittels Dienstleistungsvertrag an die OeKB ausgelagert.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter operieren. Kontinuierlich wird an der Verbesserung der Kommunikation und der Vermittlung der unternehmenseigenen Grundwerte gearbeitet.

Die Implementierung des Internen Kontrollsystems in Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess ist in den internen Richtlinien und Vorschriften des Rechnungswesens festgesetzt. Die Verantwortlichkeiten in Bezug auf das Interne Kontrollsystem wurden an die Unternehmensorganisation angepasst, um ein den Anforderungen entsprechendes und zufriedenstellendes Kontrollumfeld zu gewährleisten.

Risikobeurteilung

Risiken in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess werden durch das (Konzern-)Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf die wesentlichen Risiken gelegt.

Für die Erstellung des Abschlusses müssen regelmäßig Schätzungen vorgenommen werden, bei denen das immanente Risiko besteht, dass die zukünftige Entwicklung von diesen Schätzungen abweicht. Da alle Kredite der OeEB durch Haftungen der Republik Österreich besichert sind, trifft dies insbesondere auf die Sachverhalte/Posten des Abschlusses zu, die beispielsweise die Werthaltigkeit von Beteiligungen betreffen.

Kontrollmaßnahmen

Zusätzlich zu Aufsichtsrat und Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene wie z.B. die Abteilungsleiter.

Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewandt, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler in der Finanzberichterstattung entdeckt und korrigiert werden.

Es liegt in der Verantwortung des Vorstandes in Zusammenarbeit mit der OeKB, dass die Hierarchieebenen so ausgestaltet sind, dass eine Aktivität und die Kontrolle dieser Aktivität nicht von derselben Person durchgeführt werden (4-Augen-Prinzip).

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen Eckpfeiler des Internen Kontrollsystems dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt. Für Rechnungslegung und Finanzberichterstattung wird die Software SAP ERP Central Component 6.0 verwendet. Die Funktionsfähigkeit dieses Rechnungslegungssystems wird unter anderem auch durch im System eingerichtete automatisierte IT-Kontrollen gewährleistet. Die Gesellschaft hat den Bereich Informatik an die OeKB ausgelagert, wodurch bei der OeEB dieselben hohen Sicherheitsstandards angewendet werden.

Information und Kommunikation

Die Anforderungen hinsichtlich Finanzberichterstattung werden vom Management regelmäßig aktualisiert und an alle betroffenen Mitarbeiter kommuniziert.

Außerdem werden die Mitarbeiter des (Konzern-)Rechnungswesens laufend in Hinblick auf Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung geschult, um Risiken einer unbeabsichtigten Fehlberichterstattung frühzeitig erkennen zu können.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Management und dem Aufsichtsrat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Außerdem ist die Interne Revision (Konzernrevision) in den Überwachungsprozess involviert. Auch das Interne Kontrollsystem übt eine Überwachungs- und Aufsichtsfunktion aus.

2016 wurde ein Prüfungsausschuss eingerichtet, der unter anderem zuständig ist für

- die Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems,
- die Prüfung des Jahresabschlusses und die Vorbereitung seiner Feststellung sowie die Prüfung des Vorschlags für die Gewinnverteilung und des Lageberichts,
- die Durchführung des Verfahrens zur Auswahl des Abschlussprüfers sowie Vorlage einer Empfehlung für die Bestellung des Abschlussprüfers an den Aufsichtsrat.

Der Prüfungsausschuss wurde im September 2016 eingerichtet und tagte im Geschäftsjahr 2016 ein Mal.

Das Ergebnis der Überwachungstätigkeiten wird dem Management und dem Aufsichtsrat berichtet. Der Vorstand erhält regelmäßig zusammengefasste Finanzreports wie z.B. Monatsabschlüsse und Risikoberichte. Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern des (Konzern-)Finanzwesens und vom Vorstand vor Weiterleitung an den Aufsichtsrat einer abschließenden Prüfung unterzogen.

III. Bericht über die Forschung und Entwicklung

Aufgrund des spezifischen Mandates betreibt die Gesellschaft weder Forschung noch Entwicklung.

Wien, 24. Februar 2017

Mag. Andrea Hagmann
Vorstand

Mag. Michael Wancata
Vorstand

B. Jahresabschluss 2016

1. Bilanz zum 31. Dezember 2016

Aktiva

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 TEUR
01 Guthaben bei Zentralnotenbanken	351.500,38	294
02 Forderungen an Kreditinstitute	378.502.924,02	350.416
a) täglich fällig	71.810.936,47	60.928
darunter: Treuhandvermögen	43.780.136,23	37.154
b) sonstige Forderungen	306.691.987,55	289.488
03 Forderungen an Kunden	208.905.457,10	130.315
04 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	8.515.677,38	3.475
a) von anderen Emittenten	8.515.677,38	3.475
05 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	156.016.434,06	131.316
06 Beteiligungen	31.100,00	31
07 Sachanlagen	437,00	0
08 Sonstige Vermögensgegenstände	53.430.483,65	49.608
darunter: Treuhandvermögen	50.880.711,43	48.568
09 Rechnungsabgrenzungsposten	132.915,12	108
10 Aktive latente Steuern	296.407,28	0
Summe der Aktiva	806.183.335,99	665.563
Posten unter der Bilanz		
1. Auslandsaktiva	734.071.494,77	604.866

Passiva

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 TEUR
01 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	664.273.912,08	544.498
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	664.273.912,08	544.498
02 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8.159.030,41	3.614
a) sonstige Verbindlichkeiten	8.159.030,41	3.614
darunter: aa) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	8.159.030,41	3.614
03 Sonstige Verbindlichkeiten	99.929.356,23	91.955
darunter: Treuhandverbindlichkeiten	94.660.847,66	85.722
04 Rechnungsabgrenzungsposten	2.895.075,84	2.607
05 Rückstellungen	3.898.014,09	3.688
a) Rückstellungen für Abfertigungen	127.868,00	94
b) Steuerrückstellungen	1.070.591,00	1.232
c) sonstige	2.699.555,09	2.362
06 Gezeichnetes Kapital	5.000.000,00	5.000
07 Gewinnrücklagen	21.847.000,00	14.014
a) gesetzliche Rücklage	500.000,00	500
b) andere Rücklagen	21.347.000,00	13.514
08 Haftrücklage gemäß § 57 Abs. 5 BWG	16.680,48	13
09 Bilanzgewinn	164.266,86	174
Summe der Passiva	806.183.335,99	665.563
Posten unter der Bilanz		
1. Eventualverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten)	89.612.638,54	100.451
2. Kreditrisiken	192.094.758,02	260.233
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der VO(EU) Nr. 575/2013	20.050.680,48	14.239
4. Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 92 der VO(EU) Nr. 575/2013	28.224.523,36	21.685
Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 92 Abs. 1 lit. a der VO(EU) Nr. 575/2013 (harte Kernkapitalquote in %)	67,43	60,18
Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 92 Abs. 1 lit. b der VO(EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	67,43	60,18
Eigenmittelanforderungen gemäß Artikel 92 Abs. 1 lit. c der VO(EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)	71,04	65,66
5. Auslandspassiva	73.480.487,65	62.615

2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016

	2016 EUR	2015 TEUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge	21.870.982,86	16.878
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	131.668,10	3
2. – Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.474.534,63	4.897
I. Nettozinsertrag	15.396.448,23	11.981
3. + Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	4.896.630,97	4.346
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	4.896.630,97	4.346
4. + Provisionserträge	5.965.144,30	5.883
5. – Provisionsaufwendungen	9.616.506,68	8.176
6. ± Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	144.768,08	84
7. + Sonstige betriebliche Erträge	88.734,08	86
II. Betriebserträge	16.875.218,98	14.204
8. – Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6.771.594,17	6.152
a) Personalaufwand	4.301.776,22	3.982
darunter:		
aa) Löhne und Gehälter	3.342.313,06	3.132
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	755.360,21	678
cc) sonstiger Sozialaufwand	68.041,99	62
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	57.430,52	52
ee) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	78.630,44	58
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	2.469.817,95	2.170
9. – Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 7 enthaltene Vermögensgegenstände	2.196,07	1
10. – Sonstige betriebliche Aufwendungen	22.032,21	20
III. Betriebsaufwendungen	-6.795.822,45	-6.173
IV. Betriebsergebnis	10.079.396,53	8.031

	2016 EUR	2015 TEUR
11. + Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen aus Forderungen	191.860,00	152
12. ± Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind	-97.073,41	-76
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.174.183,12	8.107
13. – Steuern vom Einkommen	2.217.869,72	1.993
VI. Jahresüberschuss	7.956.313,40	6.114
14. – Rücklagenbewegung darunter: Dotierung der Haftrücklage	7.836.431,47 3.431,47	5.984 6
VII. Jahresgewinn	119.881,93	130
15. + Gewinnvortrag	44.384,93	44
VIII. Bilanzgewinn	164.266,86	174

3. Anhang

3.1 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1.1 Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss wurde vom Vorstand der Gesellschaft nach den Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) unter Berücksichtigung der Sondervorschriften des Bankwesengesetzes (BWG) aufgestellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der **Vollständigkeit** eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der **Einzelbewertung** beachtet und eine **Fortführung des Unternehmens** unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen werden. Alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste, die im Geschäftsjahr 2016 entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Laut Größenklassen gemäß § 221 UGB Abs. 3 ist die Oesterreichische Entwicklungsbank AG als große Kapitalgesellschaft einzustufen.

Das abgeschlossene Geschäftsjahr entsprach dem Kalenderjahr.

Die bisherigen angewandten Bewertungsmethoden wurden mit Ausnahme der Änderungen auf Grund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 beibehalten. Dies betrifft ausschließlich die latenten Steuern, die gemäß den geänderten gesetzlichen Bestimmungen ab 1. Jänner 2016 erfasst werden. Der zum 1. Jänner 2016 bestehende Saldo an aktiven latenten Steuern wurde zur Gänze aktiviert.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, hat das Unternehmen diese bei Schätzungen berücksichtigt.

3.1.2 Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Börsenkurs zum Bilanzstichtag bewertet, insoweit es die zur Veranlagung des Grundkapitals dienenden Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen gewidmet wurden, betrifft. Die in diesem Posten ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens betreffen den Bereich Investitionsfinanzierungen. Sie werden wie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere bewertet.

Das Institut hält keine Handelsbestände und führt daher kein Handelsbuch.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten bzw. bei dauerhafter Wertminderung zum niedrigeren Börsenkurs zum Bilanzstichtag bewertet (Anlagevermögen).

Basierend auf § 9 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) und den mit dem Bundesministerium für Finanzen vereinbarten Geschäftsbedingungen betreffend Garantien für Rechtsgeschäfte und Rechte der OeEB liegen für sämtliche Wertpapiere des Anlagevermögens Bundesgarantien vor.

Diese Garantien decken neben dem Zeichnungsvolumen zusätzlich die Zielrendite bis zur Höhe der nachweislich entstandenen Refinanzierungskosten plus Garantieentgelt. Aufgrund der umfassenden Bundesgarantie werden die erwarteten Erträge und Zinszahlungen des Jahres für diese Geschäfte phasengleich bis zum garantierten Maximalbetrag vereinnahmt und sind im Bilanzposten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere ausgewiesen.

3.1.3 Beteiligungen

Die **Beteiligungen** werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen zur Berücksichtigung von nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen, bewertet.

3.1.4 Sachanlagen

Der **Wertansatz** von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen. Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert unter je 400 Euro) werden sofort als Aufwand erfasst. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften wird für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vorgenommen.

Die Ermittlung der **planmäßigen Abschreibungen** erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode entsprechend der gewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegegenstände. Die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt 10 Jahre.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

3.1.5 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen an Kreditinstitute, **Forderungen** an Kunden und **sonstige Vermögensgegenstände** werden mit dem Nennwert angesetzt. Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Für die in den sonstigen Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesenen Beträge liegen basierend auf § 9 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) und den mit dem Bundesministerium für Finanzen vereinbarten Geschäftsbedingungen betreffend Garantien für Rechtsgeschäfte und Rechte der OeEB Bundesgarantien vor. Die erwarteten Zinserträge werden aufgrund der Garantie phasengleich vereinnahmt und sind im jeweiligen Bilanzposten ausgewiesen.

3.1.6 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3.1.7 Rückstellungen

Rückstellungen für Abfertigungen sind nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Anwartschaftsbarwertmethode („projected unit credit method“) nach IAS 19 unter Zugrundelegung eines Rechnungszinssatzes von 1,75 % (2015: 2,40 %), einer erwarteten Gehaltssteigerung von 2,75 % (2015: 3 %), eines erwarteten Pensionsantrittsalters von 64 Jahren und 9 Monaten für Männer und 59 Jahren und 9 Monaten für Frauen und auf Basis der Berechnungstafeln AVÖ 2008 P – von Pagler & Pagler ermittelt. Die versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste werden erfolgswirksam erfasst. Der Zinsaufwand sowie die Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden im Posten Personalaufwand ausgewiesen.

Der Rechnungszinssatz für Abfertigungsrückstellungen wird aus dem Stichtagszinssatz basierend auf Marktzinssätzen von Unternehmen hoher Bonität abgeleitet.

In den **sonstigen Rückstellungen** werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Langfristige Rückstellungen werden nunmehr mit dem Erfüllungsbetrag erfasst und bei Wesentlichkeit abgezinst.

3.1.8 Latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs. 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftssteuersatzes von 25 % gebildet.

3.1.9 Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Fremdwährungspositionen werden grundsätzlich mit dem Devisen-Mittelkurs bewertet.

3.2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

3.2.1 Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend der Anlage 2 zu § 43 BWG.

3.2.2 Ergänzende Angaben

3.2.2.1 Forderungen

3.2.2.1.1 Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
TÄGLICH FÄLLIGE FORDERUNGEN		
in Euro	71.230.721,87	60.766.104,11
in US-Dollar	580.214,60	161.512,87
Summe	71.810.936,47	60.927.616,98
SONSTIGE FORDERUNGEN		
in Euro	128.193.878,38	172.853.146,12
in US-Dollar	179.008.109,17	117.230.079,15
abzgl. Wertberichtigung gem. § 57 Abs. 1 BWG	-510.000,00	-595.000,00
Summe	306.691.987,55	289.488.225,27

3.2.2.1.2 Forderungen an Kunden

FORDERUNGEN AN KUNDEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
in Euro	52.722.159,84	53.734.231,66
in US-Dollar	156.693.297,26	77.175.859,24
abzgl. Wertberichtigung gem. § 57 Abs. 1 BWG	-510.000,00	-595.000,00
Summe	208.905.457,10	130.315.090,90

3.2.2.2 Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind im Anlagenspiegel (Anlage) dargestellt.

3.2.2.3 Wertpapiere

Zu den einzelnen Wertpapierkategorien ist im Sinne von § 64 Abs. 1 Z 10 und 11 BWG zu berichten:

WERTPAPIERE (INKL. ZINSABGRENZUNGEN)	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
zum Börsenhandel zugelassen	3.496.620,00	3.474.815,33
nicht börsennotiert	5.019.057,38	0,00
Summe	8.515.677,38	3.474.815,33
davon Wertpapiere des Anlagevermögens	5.019.057,38	0,00
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
in Euro	85.301.797,04	80.718.239,88
in US-Dollar	70.714.637,02	50.597.578,92
Summe	156.016.434,06	131.315.818,80

Im nächsten Geschäftsjahr erfolgt eine Tilgung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 500.000,00 Euro. Außerdem wird ein Betrag von 19.057,38 Euro an Zinsen für 2016 fällig.

Angabe gemäß § 56 Abs. 4 BWG: Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens, welche zum Börsenhandel zugelassen sind, beläuft sich der Unterschiedsbetrag zwischen Marktwert und Buchwert auf 29.280,00 Euro (2015: 24.090,00 Euro).

Im Geschäftsjahr wurden Zuschreibungen bis zur Höhe der historischen Anschaffungskosten in Höhe von 21.860,00 Euro (2015: 0,00 Euro) vorgenommen.

Die unter „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Fondsanteile sind dem Anlagevermögen gewidmet und wurden im Rahmen der Investitionsfinanzierung angeschafft; sie sind nicht zum Börsenhandel zugelassen.

3.2.2.4 Beteiligungen

Die OeEB hält zum Ende des Geschäftsjahres eine 7,63%ige Beteiligung an der European Financing Partners S.A. zu Anschaffungskosten von 25.100 Euro und eine 7,69%ige Beteiligung an der Interact Climate Change Facility S.A. zu Anschaffungskosten von 6.000 Euro. Beide Gesellschaften haben ihren Sitz in Luxemburg.

3.2.2.5 Sonstige Vermögensgegenstände

2016	RESTLAUFZEIT < EIN JAHR EUR	RESTLAUFZEIT > EIN JAHR EUR	BILANZWERT EUR
Sonstige Forderungen Ausland	2.298.264,48	208.112,77	2.506.377,25
Forderungen Finanzamt	34.059,49	–	34.059,49
Übrige	9.335,48	–	9.335,48
Zwischensumme	2.341.659,45	208.112,77	2.549.772,22
Treuhandvermögen	–	–	50.880.711,43
Summe			53.430.483,65

2015	RESTLAUFZEIT < EIN JAHR EUR	RESTLAUFZEIT > EIN JAHR EUR	BILANZWERT EUR
Sonstige Forderungen Ausland	757.822,55	203.087,78	960.910,33
Forderungen Finanzamt	77.542,05	–	77.542,05
Übrige	1.779,68	–	1.779,68
Zwischensumme	837.144,28	203.087,78	1.040.232,06
Treuhandvermögen	–	–	48.567.987,26
Summe			49.608.219,32

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Erträge für 2016 in Höhe von 638.677,68 Euro (2015: 512.294,13 Euro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

3.2.2.6 Treuhandgeschäfte

Die von der OeEB als Treuhänder gesteuerten Geschäfte, die für die Bank weder ein wirtschaftliches noch ein rechtliches Obligo beinhalten, sind in der Bilanz als Treuhandvermögen in nachfolgender Tabelle genannten Bilanzpositionen enthalten.

TREUHANDGESCHÄFTE	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
AKTIVA		
Forderungen an Kreditinstitute	43.780.136,23	37.153.877,22
Sonstige Vermögensgegenstände	50.880.711,43	48.567.987,26
Summe	94.660.847,66	85.721.864,48
PASSIVA		
Sonstige Verbindlichkeiten	94.660.847,66	85.721.864,48

Die Treuhandgeschäfte wurden im Rahmen der Advisory Programmes des Bundesministeriums für Finanzen und der Beteiligungen aus Bundesmitteln eingegangen.

3.2.2.7 Aktive latente Steuern

Die aktiven, latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

LATENTE STEUERN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Wertberichtigung gem. § 57 BWG	255.000,00	0,00
langfristige Personalrückstellungen	41.407,28	0,00
Summe	296.407,28	0,00

Die latenten Steuern entwickelten sich wie folgt:

LATENTE STEUERN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Stand am 01.01.2016	331.863,54	0,00
Erfolgswirksame Veränderung	-35.456,26	0,00
Stand am 31.12.2016	296.407,28	0,00

3.2.2.8 Verbindlichkeiten

3.2.2.8.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
in Euro	261.866.565,67	302.487.688,84
in US-Dollar	402.407.346,41	242.009.544,06
Summe	664.273.912,08	544.497.232,90

3.2.2.8.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
in Euro	8.159.030,41	3.614.390,06
in US-Dollar	0,00	0,00
Summe	8.159.030,41	3.614.390,06

3.2.2.8.3 Sonstige Verbindlichkeiten

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Sonstige Verbindlichkeiten Inland	2.374.416,51	1.887.466,93
Verbindlichkeiten ggü. BMF aus Advisory Programmes	2.893.458,37	4.345.935,42
Übrige	633,69	56,65
Zwischensumme	5.268.508,57	6.233.459,00
Treuhandverbindlichkeiten	94.660.847,66	85.721.864,48
Summe	99.929.356,23	91.955.323,48

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Aufwendungen aus 2016 in Höhe von 2.373.717,67 Euro (2015: 1.872.015,11 Euro) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Die sonstigen Verbindlichkeiten mit Ausnahme der Treuhandgeschäfte sind alle kurzfristig wie im Vorjahr.

3.2.2.9 Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Gesonderte Angabe der Beträge der in den folgenden Aktiv- und Passivposten enthaltenen (unverbrieften) Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER VERBUNDENEN UNTERNEHMEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
AKTIVA		
Forderungen gegenüber Kreditinstituten	71.681.017,12	60.926.427,45
Sonstige Vermögensgegenstände	7.414,38	0,00
PASSIVA		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	590.793.593,77	481.884.836,46
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	92.370,20

Als Sicherheit für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen die Forderungen, die in den Aktivposten Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden ausgewiesen sind und die Anteile im Posten Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von insgesamt 589.464.772,09 Euro (2015: 481.080.868,07 Euro) sowie die Abtretung der Ansprüche aus der Bundeshaftung des BMF.

3.2.2.10 Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN	STAND AM 01.01.2016 EUR	ZUFÜHRUNG	VERWENDUNG	AUFLÖSUNG	STAND AM 31.12.2016 EUR
Urlaubstage- rückstellung	173.168,47	157.778,07	173.168,47	–	157.778,07
Rechts-, Prüfungs- und Beratungsauf- wendungen	120.100,00	100.000,00	81.209,32	38.890,68	100.000,00
Garantieentgelte	1.483.350,00	1.849.483,00	1.483.350,00	–	1.849.483,00
Übrige	584.724,12	454.838,02	395.628,40	51.639,72	592.294,02
Summe	2.361.342,59	2.562.099,09	2.133.356,19	90.530,40	2.699.555,09

3.2.2.11 Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Oesterreichische Entwicklungsbank AG in Höhe von 5 Mio. Euro ist in 50.000 auf Namen lautende, nennwertlose Stückaktien zerlegt, von denen jede am Grundkapital in gleichem Umfang beteiligt ist.

Der **Jahresüberschuss** beträgt 7.956.313,40 Euro. Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 15.12.2016 über die Verwendung von eigenen Mitteln der OeEB wurde ein Betrag in Höhe von 10 % des Jahresüberschusses 2016 für die Durchführung von Projekten im Bereich Advisory Programmes gewidmet. Vom Jahresüberschuss wurden den **freien Rücklagen** 7.833.000,00 Euro zugeführt, davon entfallen 795.631,34 Euro auf gewidmete Mittel für Projekte im Bereich AP. Weiters wurde die **Hafrücklage** gemäß § 57 Abs. 5 BWG mit 3.431,47 Euro dotiert, sodass sich ein **Bilanzgewinn** inklusive Gewinnvortrag von 44.384,93 Euro in Höhe von 164.266,86 Euro ergibt. Die Ausschüttungssperre nach § 235 Abs. 2 UBG (aktivierte latente Steuern) kommt aufgrund der ausreichend vorhandenen freien Rücklagen nicht zur Anwendung. Der Vorschlag für die Gewinnverteilung im Geschäftsjahr 2016 beläuft sich auf 119.000,00 Euro, d.s. 2,38 Euro je Aktie. Die **Gesamtkapitalrentabilität** für 2016 beträgt 0,99 %.

3.2.2.12 Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währungen lauten

Zum Stichtag gab es Fremdwährungspositionen mit folgenden Euro Gegenwerten:

Aktiva: 407.946.394,07 Euro (2015: 245.528.902,22 Euro)

Passiva: 402.407.515,75 Euro (2015: 242.009.544,06 Euro)

Die Differenz zwischen Aktiva und Passiva resultiert zum einen aus unterschiedlichen Zinssätzen zwischen den Projektinvestitionen und den damit zusammenhängenden Refinanzierungen. Dies ergibt sich daraus, dass die durch den Bund garantierten Erträge über den Refinanzierungskosten lagen. Zum anderen gibt es ein Bankkonto sowie Forderungen in Zusammenhang mit Projektinvestitionen lautend auf US-Dollar.

3.2.2.13 Darstellung der Fristigkeiten gem. § 64 Abs. 1 Z 4 BWG

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich wie folgt:

NICHT TÄGLICH FÄLLIGE FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
bis 3 Monate	19.319.916,30	17.867.015,81
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	56.943.038,26	44.509.720,04
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	204.140.515,28	206.282.393,45
mehr als 5 Jahre	26.798.517,71	21.424.095,97
Summe	307.201.987,55	290.083.225,27
abzgl. Wertberichtigung gem. § 57 BWG	-510.000,00	-595.000,00
Summe	306.691.987,55	289.488.225,27

Zinsabgrenzungen in Höhe von 2.246.249,39 Euro (2015: 2.339.569,44 Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis 3 Monate erfasst.

Die nicht täglich fälligen Forderungen an Kunden gliedern sich wie folgt:

NICHT TÄGLICH FÄLLIGE FORDERUNGEN AN KUNDEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
bis 3 Monate	4.682.683,58	3.074.633,13
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	19.453.244,15	17.204.443,30
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	95.233.829,98	53.853.527,55
mehr als 5 Jahre	90.045.699,39	56.777.486,92
Summe	209.415.457,10	130.910.090,90
abzgl. Wertberichtigung gem. § 57 BWG	-510.000,00	-595.000,00
Summe	208.905.457,10	130.315.090,90

Zinsabgrenzungen in Höhe von 1.905.785,80 Euro (2015: 856.259,25 Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis 3 Monate erfasst.

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich wie folgt:

NICHT TÄGLICH FÄLLIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
bis 3 Monate	21.434.035,19	17.623.081,42
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	75.864.908,78	62.150.158,55
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	383.081.720,88	328.659.907,09
mehr als 5 Jahre	183.893.247,23	136.064.085,84
Summe	664.273.912,08	544.497.232,90

Zinsabgrenzungen in Höhe von 1.755.111,07 (2015: 1.074.810,74 Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis 3 Monate erfasst.

Die nicht täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich wie folgt:

NICHT TÄGLICH FÄLLIGE VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
bis 3 Monate	114.186,66	187.462,98
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	395.564,91	562.343,76
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.173.269,24	2.080.833,34
mehr als 5 Jahre	5.476.009,60	783.749,98
Summe	8.159.030,41	3.614.390,06

Zinsabgrenzungen in Höhe von 280,41 Euro (2015: 15,06 Euro) wurden unter dem Laufzeitband bis 3 Monate erfasst.

3.2.2.14 Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

Die künftigen Mietverpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen werden aus heutiger Sicht für 2017 mit ca. 241.767,64 Euro (2015: für 2016 mit ca. 229.425,00 Euro) und für den Zeitraum 2017 bis 2021 mit ca. 1.436.810,00 Euro (2015: für 2016-2020 mit ca. 1.201.850,00 Euro) prognostiziert.

3.2.2.15 Anhangsangaben zu Finanzinstrumenten

Zum Bilanzstichtag 31.12.2016 hatte die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente.

3.2.2.16 Anhangsangaben über außerbilanzielle Geschäfte

Im Posten Eventualverbindlichkeiten werden ausschließlich Risikounterbeteiligungen der OeEB an von der KfW, Frankfurt am Main, und DEG, Köln, gewährten Darlehen ausgewiesen. Die OeEB beteiligt sich im Innenverhältnis gegenüber der KfW und der DEG in Höhe ihres Risikoanteils, indem sie die Haftung für den jeweils ausstehenden Darlehensbetrag zuzüglich der auf den Risikoanteil entfallenden Zinsen übernimmt.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Riskounterbeteiligungen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main	54.348.496,59	62.572.244,55
Riskounterbeteiligungen von der Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG), Köln	35.264.141,95	37.879.049,47
Summe	89.612.638,54	100.451.294,02

Für diese Riskounterbeteiligungen liegen **Bundeshaftungen** (§ 9 Abs. 3 AusFG) in Form von Garantien für Rechtsgeschäfte und Rechte der OeEB vor, die die Vertragszinsen bis zur jeweiligen vertraglichen Fälligkeit aus dem Kreditvertrag inklusive Risikoentgelt der OeEB aus der Risikobeteiligungsvereinbarung decken.

Das unter der Bilanz ausgewiesene Kreditrisiko besteht aus noch nicht in Anspruch genommenen Finanzierungszusagen (Kreditrahmen und Wertpapierabnahmeverpflichtungen). Die OeEB erhält zur Absicherung der Risiken eine 100%ige Garantie der Republik Österreich für jede Transaktion (§ 9 Abs. 3 AusFG).

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Kreditrahmen	162.863.660,40	223.484.361,80
Wertpapierabnahmeverpflichtungen	29.231.097,62	36.748.433,91
Summe	192.094.758,02	260.232.795,71

3.2.2.17 Eigenmittel gem. Teil 2 der VO(EU) Nr. 575/2013

Die Eigenmittel gem. Teil 2 der VO(EU) Nr. 575/2013 stellen sich wie folgt dar:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Eigenmittel gem. Teil 2 der VO(EU) Nr. 575/2013		
Grundkapital	5.000.000,00	5.000.000,00
Gewinnrücklagen	21.847.000,00	14.014.000,00
Abzgl. Zuweisung zu Gewinnrücklagen ¹⁾	-7.833.000,00	-5.978.000,00
Haftrücklage	16.680,48	13.249,01
Summe Rücklagen	14.030.680,48	8.049.249,01
Kernkapital (Tier 1)	19.030.680,48	13.049.249,01
Ergänzende Eigenmittel (Wertberichtigung gem. § 57 BWG Stand 2013 gew. mit 60 % 2015: 70 % ²⁾)	1.020.000,00	1.190.000,00
Summe Eigenmittel	20.050.680,48	14.239.249,01
Eigenmittelanforderungen gem. Art. 92 der VO(EU) Nr. 575/2013		
Forderungen an Institute	274.108,87	478.921,81
Sonstige Forderungen	1.233.250,64	685.291,00
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kreditrisiko	1.507.359,51	1.164.212,81
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Marktrisiko	580.214,60	0,00
Gesamteigenmittelanforderungen operationelles Risiko (Basisindikatoransatz)	26.136.949,25	20.521.261,40
Gesamtrisikobetrag	28.224.523,36	21.685.474,21

¹⁾ Gem. Art. 26 Abs. 2 CRR werden Gewinne zum Jahresende erst mit dem offiziellen Beschluss zur Bestätigung des endgültigen Jahresergebnisses dem harten Kernkapital zugerechnet.

²⁾ Gem. Art. 486 (4) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 iVm. § 20 CRR-Begleit-VO.

Daraus errechnen sich zum 31. Dezember 2016 und 2015 die folgenden Relationen gemäß Art 92 Abs. 1 lit. a bis c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die den Mindestquoten für das Kreditinstitut gegenübergestellt sind:

	31.12.2016 IN %		31.12.2015 IN %	
	MINDEST- QUOTE	TATSÄCHLICHE QUOTE	MINDEST- QUOTE	TATSÄCHLICHE QUOTE
Harte Kernkapitalquote	5,125	67,430	4,500	60,180
Kernkapitalquote	6,625	67,430	6,000	60,180
Gesamtkapitalquote	8,625	71,040	8,000	65,660

Die Mindestquoten des Kreditinstituts setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016 IN %	31.12.2015 IN %
Harte Kernkapitalquote gemäß Art 92 Abs 1 lit a der Verordnung (EU) Nr 575/2013	4,500	4,500
Kapitalerhaltungspuffer gemäß § 23 BWG iVm § 103q Z 11 BWG	0,625	0,000
Harte Kernkapitalquote gemäß Art 92 Abs 1 lit a der Verordnung (EU) Nr 575/2013 inkl. Pufferanforderungen	5,125	4,500
Kernkapitalquote gemäß Art 92 Abs 1 lit b der Verordnung (EU) Nr 575/2013 inkl. Pufferanforderungen	6,625	6,000
Gesamtkapitalquote gemäß Art 92 Abs 1 lit c der Verordnung (EU) Nr 575/2013 inkl. Pufferanforderungen	8,625	8,000

Die zum 31. Dezember 2016 erforderlichen Quoten ergeben sich aus Art 92 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, den zusätzlichen Kapitalpufferanforderungen des BWG sowie aufgrund der Kapitalpufferverordnung der FMA. Die im Vorjahr erforderlichen Quoten ergaben sich aus Art 92 Abs. 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013.

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 7 BWG finden in Bezug auf Rechtsgeschäfte der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (kurz: OeKB) im Rahmen der Ausfuhrförderung gemäß dem Ausfuhrförderungsgesetz 1981 und dem Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981 die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und § 39 Abs. 3 und 4 BWG keine Anwendung. Entsprechend der Rechtsfragenbeantwortung der Finanzmarktaufsicht (FMA) vom 7. August 2008 ist diese Ausnahmebestimmung sinngemäß auch auf die Oesterreichische Entwicklungsbank AG anwendbar, sofern diese Rechtsgeschäfte im Rahmen der Ausfuhrförderung gemäß dem AusFG und dem AFFG betreibt. Weiters finden gemäß § 3 Abs. 2 Z 1 BWG die Bestimmungen von Teil 6 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die §§ 27a, 39 Abs. 2b Z 7 in Verbindung mit Abs. 4, 39 Abs. 3 und 74 Abs. 6 Z 3 lit. a in Verbindung mit 74 Abs. 1 BWG keine Anwendung.

3.2.3 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

3.2.3.1 Zinserträge und Zinsaufwendungen

ZINSERTRÄGE	GESCHÄFTSJAHR 2016 EUR	GESCHÄFTSJAHR 2015 EUR
Zinsen und ähnliche Erträge aus Kredit- und Veranlagungsgeschäften		
für Forderungen an Kunden	9.864.583,90	6.504.852,58
für Forderungen an Kreditinstitute	11.874.730,86	10.369.591,10
für festverzinsliche Wertpapiere	131.668,10	3.139,16
Summe	21.870.982,86	16.877.582,84
ZINSAUFWENDUNGEN	GESCHÄFTSJAHR 2016 EUR	GESCHÄFTSJAHR 2015 EUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.467.532,49	4.890.153,92
für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.002,14	6.937,07
Summe	6.474.534,63	4.897.090,99

3.2.3.2 Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen

Der Posten in Höhe von EUR 4.896.630,97 (2015: EUR 4.346.273,96) besteht hauptsächlich aus den Erträgen von Wertpapieren des Anlagevermögens, die aufgrund der umfassenden Bundesgarantie basierend auf § 9 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) phasengleich bis zum garantierten Maximalbetrag vereinnahmt werden.

3.2.3.3 Provisionserträge und Provisionsaufwendungen

PROVISIONSERTRÄGE	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Haftungsprovisionen	2.903.007,09	2.549.630,33
Commitment und Monitoring Fees	870.635,24	895.590,05
Management Fees	1.264.895,77	1.264.224,40
Gestionsentgelt Advisory Programmes	80.654,87	565.510,35
Gestionsentgelt Fonds und Bundesbeteiligungen	845.951,33	527.602,26
Gestionsentgelt Außenwirtschaftsprogramm	0,00	80.502,33
Summe	5.965.144,30	5.883.059,72

Die Provisionserträge betreffen im Wesentlichen die Abgeltung der Aufwendungen im Zuge der von der OeEB teilweise treuhändig für das BMF erbrachten Leistungen sowie aus diversen vereinnahmten Fees im Zusammenhang mit Kreditzusagen.

PROVISIONSAUFWENDUNGEN	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Garantieentgelte (§ 9 Abs. 3 AusfFG)	9.545.286,00	8.151.204,00
Übrige	71.220,68	25.295,82
Summe	9.616.506,68	8.176.499,82

Die Provisionsaufwendungen bestehen größtenteils aus den zeitanteilig abgegrenzten Garantieentgelten, die an das BMF aufgrund der Bundesgarantie gemäß § 9 Ausfuhrförderungsgesetz (AusfFG) zu entrichten sind.

3.2.3.4 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 88.734,08 Euro (2015: 86.623,77 Euro) bestehen hauptsächlich aus der Weiterverrechnung von Aufwendungen.

3.2.3.5 Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen

Die im Posten enthaltenen Beträge betreffen in Höhe von 33.706,00 Euro (2015: 19.603,00 Euro) eine Dotierung der Abfertigungsrückstellung und in Höhe von 44.924,44 Euro (2015: 38.681,09 Euro) Aufwendungen für Leistungen an die betriebliche Mitarbeitervorsorgekasse.

Eine Aufgliederung der Beträge auf Angestellte, leitende Mitarbeiter und Vorstand wird mit Hinweis auf die Schutzklausel gem. §242 Abs. 4 UGB unterlassen.

3.2.3.6 Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)

Die Verwaltungsaufwendungen betreffen im Wesentlichen Mietaufwendungen, Reisekosten, Aufwendungen für Dienstleistungen und Prüfungs- und Beratungsaufwendungen.

Die Bekanntgabe betreffend Aufwendungen für den Abschlussprüfer unterbleibt an dieser Stelle und wird im Konzernabschluss der OeKB Gruppe angegeben.

3.2.3.7 Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 48 (2015: 40) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

3.2.3.8 Steuerabgrenzungen

Der Posten Steuern vom Einkommen setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
laufende Steuern bzw. aus dem Vorjahr	2.514.277,00	1.992.768,00
Zuweisung latente Steuern	-296.407,28	0,00
Summe	2.217.869,72	1.992.768,00

3.3 Sonstige Angaben

3.3.1 Organe der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr waren folgende **Vorstandsmitglieder** tätig:

Frau Mag. Andrea Hagmann

Herr Mag. Michael Wancata

Die Gesellschaft wird durch die zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten.

Die Aufgliederung der Bezüge des Vorstandes wird unter Hinweis auf § 242 Abs. 4 UGB unterlassen.

Im Geschäftsjahr waren folgende **Aufsichtsratsmitglieder** tätig:

Herr Dr. Rudolf Scholten (Vorsitzender) (bis 21.09.2016)

Herr Mag. Helmut Bernkopf (Vorsitzender) (seit 21.09.2016)

Herr Mag. Ferdinand Schipfer (Stellvertreter des Vorsitzenden)

Frau Dr. Maria-Christine Dangl

Herr Dr. Kurt Bayer

Für das Geschäftsjahr betrug der Aufwand für Aufsichtsratsvergütungen 15.284,07 Euro

(2015: 14.100,00 Euro).

3.3.2 Beziehungen zu verbundenen und nahestehenden Unternehmen

Die Oesterreichische Entwicklungsbank AG mit Sitz in Wien (OeEB, FN 304601 v, Handelsgericht Wien) ist eine 100%ige Tochter der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft (OeKB, FN 85749 b, Handelsgericht Wien) und wird in den Konzernabschluss der Kreditinstitutsgruppe im Wege der Vollkonsolidierung miteinbezogen.

Die Offenlegung gemäß Teil 8 der CRR (VO(EU) Nr. 575/2013) erfolgt in dem von der OeKB erstellten Offenlegungsbericht. Angaben dazu finden sich auf der OeKB-Website (www.oekb.at).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen fanden nur zu fremdüblichen Konditionen statt.

Die OeEB hat mit der OeKB einen Dienstleistungsvertrag geschlossen, welcher die Erbringung von Dienstleistungen seitens der OeKB regelt. Diese Dienstleistungsvereinbarung umfasst Rechnungswesen, Personalverwaltung, Informatik, Interne Revision und sonstige Dienstleistungen.

Die Geschäfte der OeEB werden überwiegend durch die OeKB zu marktüblichen Konditionen refinanziert, um die jederzeitige Verfügbarkeit von Finanzierungsmitteln zu gewährleisten.

3.3.3 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es gab keine Ereignisse von besonderer Bedeutung nach dem Stichtag.

Wien, am 24. Februar 2017

Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Der Vorstand

Mag. Andrea Hagmann

Mag. Michael Wancata

Anlagenspiegel 2016

IN EUR	ANSCHAF- FUNGSWERTE 01.01.2016	ZUGÄNGE	ABGÄNGE	ANSCHAF- FUNGSWERTE 31.12.2016	KUMULIERTE AB- SCHREIBUNGEN 01.01.2016
Immaterielle Vermögensgegen- stände					
Software	28.135,24	0	0	28.135,24	28.135,24
Sachanlagen					
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	0,00	460,00	0,00	460,00	0,00
Geringwertige Ver- mögensgegenstände	0,00	2.173,07	2.173,07	0,00	0,00
	0,00	2.633,07	2.173,07	460,00	0,00
Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	31.100,00	0,00	0,00	31.100,00	0,00
2. Wertpapiere des Anlagever- mögens	131.315.818,80	26.887.944,38	2.187.329,12	156.016.434,06	0,00
	131.346.918,80	26.887.944,38	2.187.329,12	156.047.534,06	0,00

IN EUR	KUMULIERTE AB- SCHREIBUNGEN ZUGÄNGE	KUMULIERTE AB- SCHREIBUNGEN ABGÄNGE	KUMULIERTE AB- SCHREIBUNGEN 31.12.2016	BUCHWERT 31.12.2016	BUCHWERT 31.12.2015
Immaterielle Vermögensgegen- stände					
Software	0,00	0,00	28.135,24	0,00	0,00
Sachanlagen					
Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	23,00	0,00	23,00	437,00	0,00
Geringwertige Ver- mögensgegenstände	2.173,07	2.173,07	0,00	0,00	0,00
	2.196,07	2.173,07	23,00	437,00	0,00
Finanzanlagen					
1. Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	31.100,00	31.100,00
2. Wertpapiere des Anlagever- mögens	0,00	0,00	0,00	156.016.434,06	131.315.818,80
	0,00	0,00	0,00	156.047.534,06	131.346.918,80

C. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

Oesterreichische Entwicklungsbank AG, Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt "Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Prüfungsausschusses für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Prüfungsausschuss ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch die gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.
- Wir tauschen uns mit dem Prüfungsausschuss unter anderem über den geplanten Umfang und die geplante zeitliche Einteilung der Abschlussprüfung sowie über bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Abschlussprüfung erkennen, aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil

Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung

Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen beinhalten alle Informationen im Geschäftsbericht, ausgenommen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den diesbezüglichen Bestätigungsvermerk.

Unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss deckt diese sonstigen Informationen nicht ab und wir geben keine Art der Zusicherung darauf ab.

In Verbindung mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses ist es unsere Verantwortung, diese sonstigen Informationen zu lesen und zu überlegen, ob es wesentliche Unstimmigkeiten zwischen den sonstigen Informationen und dem Jahresabschluss oder mit unserem während der Prüfung erlangten Wissen gibt oder diese sonstigen Informationen sonst wesentlich falsch dargestellt erscheinen. Falls wir, basierend auf den durchgeführten Arbeiten, zur Schlussfolgerung gelangen, dass die sonstigen Informationen wesentlich falsch dargestellt sind, müssen wir dies berichten. Wir haben diesbezüglich nichts zu berichten.

Wien, am 24. Februar 2017

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

DDr. Martin Wagner
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.



Oesterreichische Entwicklungsbank AG

Oesterreichische
Entwicklungsbank AG

Strauchgasse 3
1011 Vienna, Austria
Tel. +43 1 533 12 00-0
www.oe-eb.at

*Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Oesterreichische Entwicklungsbank AG, 1010 Wien;
Design: Gerald Schuba Corporate Communications+, schuba.at; Grafik: petersfriends.net; Fotos: shutterstock, Grassroots Business Fund, OeEB.*

**OESTERREICHISCHE
ENTWICKLUNGS-
BANK AG**

WWW.OE-EB.AT

www.oe-eb.at

